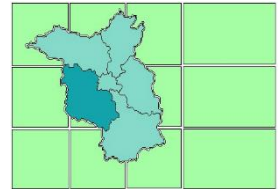


Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

- Der Vorsitzende -



An die Mitglieder der
Regionalversammlung der
Regionalen Planungsgemeinschaft
Havelland-Fläming

Bearbeiter	Tel.	E-Mail	Az	Teltow
Herr Naubert	-0	info@havelland-flaeming.de	YF11_06_p_öt	07.06.2024

Protokoll

Öffentlicher Teil der 11. Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming am 6. Juni 2024

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Anwesende Mitglieder bzw. Stellvertreter und Stellvertreterinnen:		
Baaske, Günter	Klatt, Gertrud	Ryll, Mathias
Bernig, Dr. Andreas	Knape, Michael	Remus, Matthias
Boßdorf, Doreen	Krüger, Tobias	Şahin-Schwarzweiler, Wiebke
Brückner, Uwe	Mahlow, René	Scheddin, Stefan
Edler, Hans-Stefan	Matz, Stefan	Schmidt, Thomas
Fleischmann, Detlef	Meger, Manuel	Schollän, Uwe
Gericke, Karsten	Michalek, Jan-Peer	Schubert, Mike
Grambow, Marco	Mohr, Irene	Schütt, Wolfgang
Haase, Ronny	Murin, Kerstin	Schwuchow, Michael
Hase, Michael	Mußhoff, Katrin	Seiler, Ines
Holzschuher, Ralf	Müller, Michael	Walter, Andreas
Igel, Andreas	Nermerich, Elke	Wehlan, Kornelia
Kalsow, Reth	Nestler, Monika	Zado, Torsten
Kaluza, David	Nowka, Claudia	

• Körperschaft des öffentlichen Rechts •

Oderstraße 65, 14513 Teltow

Tel.: (03328) 3354-0, Fax: (03328) 3354-20,

E-Mail: info@havelland-flaeming.de, Internet: www.havelland-flaeming.de

Verkehrsverbindung: - Potsdam Hauptbahnhof: Bus X1 oder 601 bis Teltow, Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 20 min.
- Berlin S-Bahn 25 nach S Teltow/Stadt, dann Bus X1 oder 601 bis Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 10 min.

Entschuldigt:		
Gräning, Heiko	Neumann, Kathrin	Tebbing, Ralf
Herzog-von der Heide, Elisabeth	Oehme, Bodo	
Köhler, Marko	Spira, Dieter	
Weitere Teilnehmer/-innen:		
Dr. Overwien, Petra (GL3)	Klauber, Lutz (RPS)	Prause, Juliane (RPS)
Kaiser, Susann (RPS)	Naubert, Torsten (RPS)	Stöck, Lydia (RPS)

Ort: Ernst-von-Stubenrauchsaal, Marktplatz 1 – 3, 14513 Teltow

Beginn/Ende: 16:10 Uhr / 19:00 Uhr

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

TOP 2 Bestätigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung der Regionalversammlung vom 16. November 2023

TOP 3 Bericht über die Tätigkeit des Beratenden Ausschusses für Planungsarbeit

TOP 4 Regionalplanung

4.1 Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

- Beschluss über die Abwägung der zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming vom 15. Juni 2023, zu seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie den ergänzenden Unterlagen vorgebrachten Anregungen und Bedenken
- Beschluss über den Umweltbericht zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming
- Beschluss über die Satzung zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming

4.2 Regionalplan Havelland-Fläming 3.0

- Beschluss über das geänderte Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft

TOP 5 Haushalts- und Wirtschaftsführung

- Beschluss über den Jahresabschluss 2022
- Beschluss über die Entlastung des Vorsitzenden und des Regionalvorstands für das Haushaltsjahr 2022

TOP 6 Regionales Energiemanagement

Beschluss über die Fortsetzung des Regionalen Energiemanagements (Regionaler Energiemanager)

TOP 7 Einwohnerfragestunde

TOP 8 Verschiedenes (Mitteilungen, Anfragen und Termine)

Sitzungsverlauf:

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

Der erste stellvertretende Vorsitzende der Regionalversammlung, Herr Oberbürgermeister Schubert, (im Weiteren als „der Vorsitzende“ bezeichnet) eröffnet die Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming und begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung der Mitglieder zur 11. Sitzung der Regionalversammlung fest. Die Einladung zur Sitzung sei mit Postausgang vom 15. Mai 2024 fristgerecht erfolgt. Die öffentliche Bekanntmachung der Einladung sei im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 20 vom 22. Mai 2024 fristgemäß vorgenommen worden. Die Beschlussunterlagen seien ab dem 22. Mai 2024 auf der Webseite der Regionalen Planungsgemeinschaft abrufbar gewesen. Nach § 1 Absatz 6 der Geschäftsordnung der Regionalversammlung seien die Sitzungsunterlagen damit fristgemäß zugestellt.

Er teilt weiter mit, dass nach § 7 Absatz 2 Satz 2 der Hauptsatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft die ordnungsgemäß einberufene Versammlung beschlussfähig ist, wenn die anwesenden Regionalräte und Regionalrätinnen zusammen mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Anzahl von 77 Stimmen erreichen. Mit Sitzungsbeginn würden die anwesenden Mitglieder über 52 Stimmen verfügen. Davon entfielen 29 Stimmen auf die Mitglieder nach § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 2 RegBkPIG sowie 23 Stimmen auf die Mitglieder nach § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 RegBkPIG.

Der Vorsitzende stellt daraufhin die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Dr. Petra Overwien von der Landesplanungsbehörde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass unter dem Tagesordnungspunkt 5 die Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2022 vorgesehen sei. Zum Zeitpunkt der Aufstellung der Tagesordnung war erwartet worden, dass bis zum Beginn der Einladungsfrist der Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2022 vorliegen würde. Der Rechnungsprüfungsbericht konnte durch das zuständige Rechnungsprüfungsamt jedoch noch nicht vorgelegt werden. Der Tagesordnungspunkt 5 müsse daher entfallen.

Der Vorsitzende teilt weiter mit, dass zum Tagesordnungspunkt 4.1 nach dem Beginn der Einladungsfrist von der Regionalrätin Ines Seiler auf der Grundlage von § 1 Absatz 3 und 4 der Geschäftsordnung frist- und formgerecht weitere Beschlussanträge gestellt worden seien.

Über diese Anträge seien die Mitglieder der Regionalversammlung mit Nachricht vom 31. Mai 2024 per E-Mail informiert worden. Diese Beschlusssachen seien seit dem 31. Mai 2024 auch auf der Website der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Verfügung gestellt worden. Nach § 1 Absatz 3 Satz 3 der Geschäftsordnung seien frist- und formgerecht eingegangene Anträge durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende zuzulassen. Über die frist- und formgerecht gestellten Anträge der Regionalrätin Ines Seiler sei daher im Tagesordnungspunkt 4.1 abzustimmen.

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen zur vorgeschlagenen Tagesordnung. Es werden keine Wortmeldungen angezeigt. Er bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung – ohne Tagesordnungspunkt 5.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Die geänderte Tagesordnung ist einstimmig bestätigt.

TOP 2 Bestätigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung der Regionalversammlung vom 16. November 2023

Der Vorsitzende informiert darüber, dass keine Hinweise zum Protokoll in der Regionalen Planungsstelle eingegangen seien. Er bittet um Wortmeldungen zum Protokoll der Sitzung vom 16.11.2023. Da keine Wortmeldungen angezeigt werden, bittet der Vorsitzende um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Das Protokoll ist einstimmig bestätigt.

TOP 3 Bericht über die Tätigkeit des Beratenden Ausschusses für Planungsarbeit

Der Vorsitzende informiert darüber, dass der sechste Bericht über die Tätigkeit des Beratenden Ausschusses für Planungsarbeit mit den Sitzungsunterlagen bereitgestellt worden sei. Der Vorsitzende fragt, ob es dazu Aussprachebedarf gebe. Es werden keine Wortmeldungen angezeigt. Er schließt den Tagesordnungspunkt 3.

TOP 4 Regionalplanung

4.1 Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Regionalversammlung am 15. Juni 2023 den Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 gebilligt und die Durchführung des öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahrens beschlossen habe. Der Öffentlichkeit und den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen sei vom 10. August 2023 bis einschließlich 10. Oktober 2023 Gelegenheit gegeben worden, Stellungnahmen abzugeben.

In seiner Sitzung am 21. März 2024 habe der Regionalvorstand einen vorläufigen zusammenfassenden Bericht über die Ergebnisse der Auswertung der im öffentlichen Beteiligungs- und Auslegungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen zur Kenntnis genommen. Auf dieser Grundlage habe der Regionalvorstand, mit Beschluss Nr. 10/04/01 die Regionale Planungsstelle beauftragt, die Arbeiten am Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 abzuschließen und die erforderlichen Vorbereitungen dafür zu treffen, dass der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 als Satzung beschlossen werden kann.

Mit den Sitzungsunterlagen sei den Mitgliedern der Regionalversammlung der Bericht über das Erarbeitungsverfahren zur Verfügung gestellt worden. Der Bericht bestehe aus der Verfahrensdokumentation und der Abwägungsdokumentation. Die Abwägungsdokumentation beinhalte eine tabellarische Zusammenstellung der Behandlung aller Hinweise, Anregungen und Bedenken, die den insgesamt 421 eingegangenen Stellungnahmen entnommen werden konnten.

Die Umweltprüfung und der Umweltbericht seien aktualisiert worden sowie unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen überarbeitet worden. Die Überarbeitung betreffe auch die Prüfung der Natura-2000-Verträglichkeit. Die Sachverhalte und Ergebnisse seien im Bericht über das Erarbeitungsverfahren zusammenfassend dargestellt worden.

Im Ergebnis der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen habe festgestellt werden können, dass es nicht erforderlich sei, Änderungen an den Festlegungen des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans vorzunehmen. Die Planbegründung sei aktualisiert und überarbeitet worden.

Es sei daher beantragt, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 mit den unveränderten textlichen und zeichnerischen Festlegungen der Entwurfsfassung vom 15. Juni 2023 als Satzung zu erlassen.

Der Vorsitzende gibt das Wort an Herr Klauber für einen Sachstandsbericht.

Herr Klauber dankt dem Vorsitzenden und beginnt mit seinem Vortrag, den er mit Hilfe einer visuellen Präsentation unterstützt. (als Anlage beigelegt) Er informiert eingangs über den Verlauf des Aufstellungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027. Er teilt weiter mit, dass im öffentlichen Beteiligungsverfahren insgesamt 421 Stellungnahmen bei der Regionalen Planungsstelle eingegangen seien, denen insgesamt etwa 1.608 Hinweise, Anregungen und Bedenken entnommen werden konnten. Er verweist dazu auf den Bericht über das Erarbeitungsverfahren, dem als Anlage eine Abwägungssynopse aller Einzelabwägungen beigegeben sei. (Folien 4 bis 7) Zusammenfassend könne festgestellt werden, dass an den getroffenen Festlegungsentscheidungen auf der Grundlage des Planungskonzepts festgehalten werden kann. Vielfach sei jedoch Kritik am Planungskonzept vorgebracht worden. Wesentliche, häufiger vorkommende Einwände und deren Abwägung seien im Bericht über das Erarbeitungsverfahren zusammenfassend dargestellt.

Grundsätzlich werde von Personen und Unternehmen, die an der Nutzung der Windenergie interessiert sind, angeregt, mehr Flächen als Vorranggebiet festzulegen. Es werde insbesondere vorgeschlagen, die Erreichung des regionalen Flächenziels zum Stichtag 31.12.2032 anzustreben, um energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Zielstellungen besser gerecht zu werden. Es könne jedoch an der Einschätzung festgehalten werden, dass energiewirtschaftliche und klimapolitische Zielstellungen bei der Festlegung des regionalen Teilflächenziels bereits berücksichtigt worden sind. Mit der Erreichung des Flächenziels werde diesen Anforderungen daher genüge getan. Eine andere Bewertung ergebe sich auch nicht aus der Vorschrift des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. (Folie 9 und 10)

Herr Klauber teilt weiter mit, dass an der Anwendung der Planungskriterien W 01 und W 02 häufiger Kritik geäußert worden sei. Es werde diesbezüglich an der Bewertung festgehalten, dass die Anwendung dieser Kriterien auf der Ebene der Abwägung sachgerecht begründet sei. Der Sachverhalt, dass nach den gesetzlichen Vorschriften auch andere Entscheidungen zulässig wären, stelle keinen Mangel des Planungskonzepts dar. (Folien 11 bis 13)

Die Entscheidung, Flächen in Landschaftsschutzgebieten allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen, sei ebenfalls häufiger auf Kritik gestoßen. Dazu werde die Einschätzung vertreten, dass diese Entscheidung im ordnungsgemäß ausgeübten Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft liege. An den dazu in Abschnitt IV.2.5.2 der Planbegründung vorgenommenen Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen könne weiter festgehalten werden. Der Belang der Windenergienutzung sei auch mit dem Belang des Landschaftsschutzes abzuwägen. Dabei sei es für die ordnungsgemäße Ausübung des Ermessens ohne Bedeutung, ob sich die Regionale Planungsgemeinschaft dafür entscheide, bestimmte Flächen aufgrund der Festlegung von Planungskriterien allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen oder ob sie orts- und einzelfallbezogene Abwägungsentscheidungen treffe. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommene Wertung, Flächen in Landschaftsschutzgebieten, für die durch Rechtsverordnung bereits festgestellt sei, dass ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, nicht für die Festlegung von Vorranggebieten in Anspruch zu nehmen, soweit das regionale Teilflächenziel auch auf andere Weise erreicht werden kann, führe zu einem angemessenen Ausgleich zwischen den Belangen der Windenergienutzung und des Landschaftsschutzes. Durch die Vorschrift des § 26 Absatz 3 BNatSchG werde lediglich die Möglichkeit eröffnet, dass auch Landschaftsschutzgebiete in

angemessenem Umfang in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden können, soweit dies zum Erreichen der maßgeblichen Flächenziele erforderlich sei. (Folien 12 und 13)

In Bezug auf die Anwendung des Planungskriteriums W 03 informiert Herr Klauber über die aktuelle Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg. Der Sachverhalt, dass der Senat 3a ein regelmäßiges Übergewicht der erneuerbaren Energien im Rahmen der Abwägung nach § 8 LWaldG festgestellt habe, stehe nicht im Widerspruch zu der Entscheidung, Waldflächen mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen allgemein für eine Festlegung als Vorranggebiet nicht in Betracht zu ziehen. Der Belang der Windenergienutzung sei im Rahmen des Planungskonzepts auch mit dem Belang, den Wald in seiner Bedeutung und seiner Funktion zu erhalten (§ 1 LWaldG), abzuwägen. Die Berücksichtigung der besonderen Waldfunktionen sei sachgerecht begründet und angemessen. (Folien 14 bis 16)

Weiter geht Herr Klauber auf Kritik an der Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange (B 02) ein. Er erläutert insbesondere die Entscheidung, Flächen innerhalb von zentralen Prüfbereichen nach § 45b Absatz 3 BNatSchG allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen. Durch diese Vorgehensweise werde dazu beigetragen, dass in den nachfolgenden Genehmigungsverfahren in der Regel festgestellt werden könne, dass Belange des Artenschutzes nicht betroffen seien, wodurch die Genehmigungsverfahren in den Vorranggebieten beschleunigt werden könnten. (Folien 17 bis 20)

Herr Klauber teilt weiter mit, dass auch an der Berücksichtigung von Verkehrswegen und Leitungstrassen, die Vorranggebiete queren, Kritik geäußert worden sei. (Folien 21 bis 23) Er veranschaulicht den Sachverhalt mit Hilfe einer schematischen Abbildung. (Folie 24) Anhand dieser Darstellung verdeutlicht er, die Berechtigung der Bewertung, dass eine Einschränkung der Bebaubarkeit der Vorranggebiete durch das Vorhandensein der Infrastrukturtrassen nicht gegeben ist. Mit diesen Erläuterungen beendet Herr Klauber seine Ausführungen zur Kritik am Planungskonzept.

Er geht fortgehend auf weitere, häufiger vorkommende Einwände ein. Er teilt mit, dass vielfach die Einschätzung mitgeteilt worden sei, dass Waldflächen allgemein nicht für die Festlegung von Vorranggebieten in Anspruch genommen werden sollten. Er verweist in diesem Zusammenhang erneut auf die aktuelle Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg. Damit sei nun auch rechtlich klargestellt, dass eine allgemeine Nichtberücksichtigung von Waldflächen für die Festlegung von Vorranggebieten nicht ausreichend begründet werden könne. (Folie 25)

Herr Klauber informiert weiter darüber, dass zur Festlegung des Vorranggebiets VRW 36 „Thyrow/Kerzendorf“ häufiger Kritik geäußert worden sei. Insbesondere sei die Einschätzung mitgeteilt worden, das betreffende Gebiet habe besondere Bedeutung für die Naherholung. Nach erfolgter Prüfung werde die Bewertung vorgenommen, dass dieser Belang einen Verzicht auf die Festlegung des VRW 36 nicht mit ausreichendem Gewicht begründen könne. (Folien 27 bis 29)

Zum Vorranggebiet VRW 12 „Nitzahn“ seien bislang unbekannte Sachverhalte in Bezug auf das Vorkommen kollisionsgefährdeter und störungssensibler Vogelarten mitgeteilt worden. Nach einer vom Landesamt für Umwelt vorgenommenen Prüfung könne festgestellt werden, dass die Errichtung von Windenergieanlagen in dem betreffenden Gebiet unter Inanspruchnahme der artenschutzrechtlichen Ausnahme sowie bei Durchführung von Vermeidungs- bzw. Ersatzmaßnahmen möglich sei. An der Festlegung des Vorranggebiets könne daher festgehalten werden. (Folie 30)

Herr Klauber gibt eine Übersicht über die Vielzahl von Anregungen, weitere Flächen als Vorranggebiet festzulegen. Er teilt mit, dass in jedem Einzelfall festgestellt wurde, dass Belange, die durch das Planungskonzept dargestellt werden, betroffen sind. Mit Bezugnahme auf das allgemeine Planungsziel Nummer 2 teilt er mit, dass bei den Kommunen der Region allgemein keine Bereitschaft vorhanden sei, die Ausweisung weiterer Vorranggebiete zu unterstützen. Das maßgebliche Flächenziel könne ohne die Festlegung weiterer Vorranggebiete erreicht werden. Weiter sei zu berücksichtigen, dass es sich bei der Festlegung von

Vorranggebieten im Sachlichen Teilregionalplan lediglich um ein Mindestflächenangebot handele. Darüberhinausgehend könnten Flächen für die Windenergienutzung von den Kommunen bereitgestellt werden. (Folie 32)

Herr Klauber informiert weiter über das Schreiben des Präsidenten des Landesamtes für Umwelt vom 01.11.2023 zu neuen Erkenntnissen über das Verhalten der Großtrappe. Es werde in vier Fällen angeregt, abweichend vom weiter anzuwendenden Schutzkonzept zusätzliche Vorranggebiete festzulegen. Hierzu werde die Bewertung vorgenommen, dass eine Abweichung vom Schutzkonzept in diesen besonderen Fällen einen nicht zu rechtfertigenden Wertungsunterschied in Bezug auf andere Interessen, in den betreffenden Flugkorridoren Windenergieanlagen errichten zu wollen, bewirken würde. In drei Fällen sei auch eine Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Planungsziel Nummer 2 (kommunale Planungen und Entwicklungsabsichten) nicht gegeben. Im vierten Fall beabsichtige die Belegenheitskommune die Nutzung der Windenergie über einen Bebauungsplan zu regeln. Die Festlegung eines Vorranggebiets sei daher nicht erforderlich. (Folien 33 bis 37)

Fortfahrend geht Herr Klauber auf die Umweltprüfung und den überarbeiteten Umweltbericht ein und teilt mit, dass vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz sowie vom Landesamt für Umwelt Kritik an der Durchführung von einzelnen Natura-2000-Vorprüfungen geübt worden sei. Er zeigt die betroffenen Vorranggebiete. Die betreffenden Vorprüfungen seien in Anlehnung an die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zur Anwendung der §§ 32 bis 36 des Bundesnaturschutzgesetzes in Brandenburg vom 17. September 2019 überarbeitet worden. Aufgrund der geänderten Feststellungen der Vorprüfungen seien für die benannten Vorranggebiete Natura-2000-Verträglichkeitsprüfungen durchgeführt worden. Im Ergebnis der Verträglichkeitsprüfungen hätten auf der Maßstabsebene der Regionalplanung unter Berücksichtigung grundsätzlich geeigneter und fachlich anerkannter Minderungs- und Schadensbegrenzungsmaßnahmen erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele für die betroffenen Natura-2000 Gebiete nicht festgestellt werden können. (Folien 38 bis 43)

Herr Klauber gibt den Hinweis, dass die ergänzende Unterlage „Erläuterung gebietsbezogener Sachverhalts-ermittlungen und Bewertungen“ (Datenblätter) aufgrund der Ergebnisse der Auswertung der Stellungnahmen überarbeitet worden sei. (Folie 44)

Er teilt die zusammenfassende Bewertung mit, dass im Ergebnis der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen festgestellt werden konnte, dass es nicht erforderlich sei, Änderungen an den Festlegungen des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans vorzunehmen. (Folie 45)

An der Begründung des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans vom 15. Juni 2023 seien Änderungen vorgenommen worden, welche dem besseren Verständnis, der Klarstellung, der Konkretisierung bzw. der Aktualisierung dienen. Diese seien im Bericht über das Erarbeitungsverfahren in einer Synopse dargestellt.

Abschließend erläutert Herr Klauber die Beschlussvorlage Nr. 11/04/01 (Satzungsbeschluss). (Folien 46 bis 50)

Der Vorsitzende dankt Herrn Klauber für seinen Bericht und bittet um Wortmeldungen.

Herr Edler hebt die umfangreiche Arbeit der Regionalen Planungsstelle hervor. Er habe jedoch einzuwenden, dass die Belange der Stellungnahme der Stadt Ludwigsfelde nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Er stelle daher den Antrag das Gebiet VRW 36 zu verkleinern bzw. komplett entfallen zu lassen und zum Ausgleich dafür das VRW 44 zu vergrößern. Das VRW 36 könne auch in dem Maße verkleinert werden, in welchem das Flächenziel noch übertroffen wird.

Herr Kaluza fragt, ob es einen Zeitplan bezüglich der Genehmigung des Plans gebe.

Herr Hase möchte wissen, ob die Landtagswahl eine Auswirkung auf die Genehmigung des Plans habe. Es bestehe großes Interesse an einer Rechtssicherheit des Sachlichen Teilregionalplans.

Frau Dr. Overwien von der Landesplanungsbehörde teilt mit, dass Sie keine Prognose abgeben könne, wann die Genehmigung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 erfolgen werde. Die Entscheidung über die Genehmigung des Plans sei im Einvernehmen mit allen betroffenen Ministerien vorzunehmen. Der daraus entstehende Abstimmungsbedarf sei schwer abzuschätzen.

Der Vorsitzende gibt zur Kenntnis, dass die Landeshauptstadt Potsdam Vorschläge für die Festlegung weiterer Flächen geltend gemacht habe, die im Rahmen des Planungskonzeptes keine Berücksichtigung fanden.

Frau Seiler möchte von Herrn Klauber wissen, ob es noch Bebauungspläne gebe, welche eine Höhenbeschränkung festlegen.

Herr Klauber beantwortet die Frage von Frau Seiler und verweist auf den Punkt 3.b der Beschlussvorlage 11/04/01, wonach keine Bauleitpläne mit Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen bekannt seien, die nach dem 01.02.2023 wirksam geworden sind. Zudem gebe es keine Kenntnis über solche Pläne, die sich gegenwärtig im Verfahren befinden.

Herr Edler erinnert an seinen zuvor vorgetragenen Antrag, das Gebiet VRW 36 zu verkleinern bzw. komplett entfallen zu lassen.

Frau Şahin-Schwarzweiler fragt, ob das Flächenziel von 1,8 Prozent auch mit dem Vorschlag von Herrn Edler erreicht werden könne.

Frau Dr. Overwien gibt zu bedenken, dass eine derartige Änderung an den Festlegungen zwangsläufig zur Durchführung eines weiteren Auslegungs- und Beteiligungsverfahrens führen würde. Der gestellte Antrag sei zudem nicht hinreichend konkret.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Aussprache zum Beschlussantrag 11/04/01 bereits begonnen habe, bevor Herr Edler seinen mündlichen Antrag gestellt hat. Es sei daher zu prüfen, ob der Antrag nach der Geschäftsordnung zulässig ist. Er bittet Herrn Klauber um Erläuterungen.

Herr Klauber erläutert die Geschäftsordnung der Regionalversammlung: Der Antrag von Herrn Edler stelle einen in der Sache eigenständigen Antrag dar, der nicht als Änderungsantrag gewertet werden könne. Würde der Antrag von Herrn Edler angenommen, könne der vorliegende Satzungsbeschluss – auch in einer geänderten Fassung – nicht mehr beschlossen werden. Da der Antrag gemäß § 1 Absatz 3 nicht frist- und formgerecht gestellt wurde, sei § 1 Absatz 5 der Geschäftsordnung einschlägig. Danach sei durch die Mitglieder der Regionalversammlung am Beginn der Sitzung zu entscheiden, ob nicht form- und fristgemäß gestellte Anträge zur Abstimmung gebracht werden. Dieser Zeitpunkt sei verstrichen.

Der Vorsitzende erklärt den Antrag von Herrn Edler für unzulässig.

Herr Edler erhebt Widerspruch. Es würde sich an dem Erreichen des Flächenziels keine Änderung ergeben.

Der Vorsitzende bleibt bei seiner Feststellung, dass der mündlich gestellte Antrag zum Zeitpunkt der Antragstellung nach den Regeln der Geschäftsordnung unzulässig ist.

Herr Meger stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Fortsetzung der Sitzung gemäß Tagesordnung.

Der Vorsitzende stellt diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	1

Der Geschäftsordnungsantrag ist mehrheitlich angenommen.

Der Vorsitzende erläutert die Anträge von Frau Seiler. Mit ihren frist- und formgerecht gestellten Anträgen Nr. 1 zur „Aufnahme des Windparks Mückendorf in den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027“ sowie Nr. 2 zur „Abänderung eines als Satzung beschlossenen Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 zwecks nachträglicher Aufnahme des Windparks Mückendorf“ habe Frau Seiler einen Antrag auf Hinzuziehung fachkundiger Personen auf Grundlage von § 13 der Hauptsatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft gestellt. Als fachkundige Personen wurden im Antrag benannt:

- Herr Tom Beier von der EMB Energie Brandenburg GmbH
- Herr André Hennig von der Fiberboard GmbH/Classen Gruppe
- Herr Stefan Wiggeshoff von der naturwind Potsdam GmbH

Da die Hinzuziehung dieser Personen der Begründung beider Anträge dient, von denen Antrag Nr. 1 vor einer Abstimmung über die Beschlussvorlage 11/04/01 zu behandeln sei, sei über den Antrag auf Hinzuziehung fachkundiger Personen zuerst abzustimmen. Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	43
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	6

Der Beschlussantrag auf Hinzuziehung der benannten drei Personen ist mehrheitlich angenommen.

Frau Seiler bedankt sich für das Rederecht für die drei benannten Personen. Da sie mit ihrem gestellten Antrag Nummer 1 zur „Aufnahme des Windparks Mückendorf in den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027“ jedoch keine Verzögerung der Plangenehmigung bewirken will, ziehe sie diesen Antrag Nummer 1 zurück. Nach einer Beschlussfassung über die Beschlussvorlage 11/04/01 solle über ihren Antrag Nummer 2 zur „Abänderung eines als Satzung beschlossenen Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 zwecks nachträglicher Aufnahme des Windparks Mückendorf“ entschieden werden. Von dem erteilten Rederecht für die hinzugezogenen fachkundigen Personen sei erst zu ihrem Antrag Nummer 2 Gebrauch zu machen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Frau Seiler Ihren Antrag Nummer 1 zurückgezogen hat, daher sei mit der Beschlussvorlage 11/04/01 fortzufahren. Er bittet Herrn Klauber um Erläuterung.

Herr Klauber stellt die unveränderten Beschlussanträge der Beschlussvorlage 11/04/01 mit Unterstützung durch eine visuelle Präsentation vor und erläutert den Zusammenhang mit den zugehörigen Anlagen.

Der Vorsitzende erbittet um Wortmeldungen. Diese werden nicht angezeigt.

Der Vorsitzende ruft die Beschlussvorlage 11/04/01 zur Abstimmung auf:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	5

Die Beschlussvorlage 11/04/01 ist mehrheitlich angenommen.

Der Vorsitzende erteilt Frau Seiler das Wort.

Frau Seiler stellt zur Untersetzung ihres Antrags Nummer 2 zur „Abänderung eines als Satzung beschlossenen Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 zwecks nachträglicher Aufnahme des Windparks Mückendorf“ gemeinsam mit den fachkundigen Personen, Herren Beier, Hennig und Wiggeshoff, die

Projektidee „Energie für Baruth: Windstrom, Wasserstoff, Wärme“ vor, die sie mit einen visuellen Präsentationen unterstützen. (Die Präsentationen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Baaske begrüßt das Projekt, hinterfragt jedoch den Zeitpunkt der Antragstellung.

Herr Matz erbittet eine positive Diskussion zu den Möglichkeiten einer Abänderung eines als Satzung beschlossenen Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027.

Herr Holzschuher möchte sicherstellen, dass die Genehmigungsfähigkeit des soeben als Satzung beschlossenen Teilregionalplans nicht gefährdet wird und verweist auf die Lage des in der Projektvorstellung aufgezeigten Windenergiegebietes innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes (LSG). Bisher habe sich die Regionalversammlung dazu entschlossen, keine Vorranggebiete in LSG festzulegen.

Frau Wehlan begrüßt es sehr, dass das Projekt in der Regionalversammlung vorgestellt wurde. Auch sie verweist darauf, den beschlossenen Plan rechtlich nicht zu gefährden. Sie empfiehlt, einen Prüfungs- und Planungsauftrag an die Regionale Planungsstelle auszusprechen.

Herr Igel informiert, dass er mit der Gemeinde Großbeeren in einem Wasserstoffprojekt im Industriegebiet kooperiere und stellt die Frage nach Entwicklungsmöglichkeiten in LSG.

Herr Klauber führt – auf Aufforderung durch den Vorsitzenden – zu den vorgebrachten Fragen mit Unterstützung durch eine visuelle Präsentation aus. (Folien 60 bis 65) Er stellt heraus, dass die Durchführung eines Änderungsverfahrens zunächst die Rechtswirksamkeit des Sachlichen Teilregionalplans voraussetzt. Die Rechtswirksamkeit trete erst mit der Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung ein. Grundsätzlich sei die zeitliche Nähe zwischen dem Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Satzung und der Beschlussfassung über die Einleitung eines Änderungsverfahrens zu bedenken. Dadurch könne der Eindruck entstehen, die Mitglieder der Regionalversammlung würden sich vom unmittelbar zuvor beschlossenen Planwerk „distanzieren“.

Für das Änderungsverfahren würden die gleichen Verfahrensanforderungen gelten, die auch für das Aufstellungsverfahren beachtet werden müssen. Es sei daher auch mit einer entsprechenden Verfahrensdauer zu rechnen. Inhaltlich sei in wesentlichen Sachverhalten eine Vereinbarkeit des Projekts mit allgemeinen Planungszielen feststellbar. Die vorgeschlagene Festlegung sei jedoch mit der Entscheidung, Flächen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten nicht als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festzulegen, nicht vereinbar. Für die vorgeschlagene Änderung sei es nicht ausreichend, festzustellen, dass die betreffende Fläche eine nur geringe Wertigkeit des Landschaftsbilds aufweist. Es sei vielmehr eine Gesamtbetrachtung des Aspekts des Landschaftsbilds unter Berücksichtigung weiterer zur Erreichung des Flächenziels in Betracht kommenden Flächen erforderlich. In diesem Zusammenhang sei auch zu bedenken, dass für die vorgeschlagene Planänderung die Genehmigung im Einvernehmen mit dem Umweltministerium erforderlich sei.

Herr Klauber weist weiter darauf hin, dass die Stadt Baruth/Mark die für die Schaffung des Baurechts für den Windpark Mückendorf erforderlichen Bauleitplanverfahren bereits begonnen habe. Nach der Vorschrift des § 26 Absatz 3 BNatSchG könnte die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet diesen Planverfahren nicht entgegenstehen. Er sehe verfahrenstechnisch grundsätzlich keinen erheblichen Vorteil darin, die Errichtung des Windparks stattdessen über eine Änderung des Sachlichen Teilregionalplans herbeizuführen. Im Verfahren zum Sachlichen Teilregionalplan habe sich die Stadt Baruth/Mark dafür ausgesprochen, dass im Regionalplan keine über die Darstellungen des Flächennutzungsplans hinausgehenden Flächen für die Windenergie festgelegt werden.

Herr Matz stellt mündlich einen Änderungsantrag, der darauf zielt, den Beschluss zur Einleitung des Änderungsverfahrens auf einen Zeitpunkt nach dem Eintritt der Rechtswirksamkeit des Sachlichen Teilregionalplans zu verlegen.

Der Vorsitzende weist Herrn Matz darauf hin, dass die endgültige Formulierung des zu fassenden Beschlusses vor der Beschlussfassung zu verlesen sei. Er bittet Herrn Matz daher seinen Änderungsantrag so einzubringen, dass ein beschlussfähiger Text zur Abstimmung gestellt werden kann.

Frau Dr. Overwien gibt den Hinweis, die Absicht den Teilregionalplan zu ändern und ein Vorganggebiet im Landschaftsschutzgebiet festzulegen, könne das Genehmigungsverfahren zur soeben beschlossenen Satzung nachteilig beeinflussen.

Frau Şahin-Schwarzweiler stellt heraus, dass solch interessante Projekte Pilotfunktion für weitere Vorhaben entfalten könnten.

Frau Mohr teilt mit, dass das Kriterium zum Ausschluss der LSG geprüft werden solle. Dies werde für die Erreichung des späteren Flächenziels von Bedeutung sein. Damit könne sich die Planungsstelle auch ohne Beauftragung durch die Regionalversammlung befassen. Der Ausschuss für Planungsarbeit könne diese vorbereitenden Arbeiten begleiten.

Herr Hase bestätigt die Aussagen der Vorredner, dass die Genehmigung des Plans nicht gefährdet werden solle. Die Rechtssicherheit stehe an oberster Stelle.

Frau Wehlan wiederholt ihre Empfehlung, einen Prüfungs- und Planungsauftrag an die Regionale Planungsstelle auszusprechen.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um Gelegenheit zu geben, etwaige Änderungsvorschläge vorzubereiten. (17:56 Uhr)

Der Vorsitzende setzt die Sitzung der Regionalversammlung fort. (18:08 Uhr)

Herr Matz zieht seinen, in der vorangegangenen Aussprache gestellten mündlichen Antrag zurück.

Frau Seiler bringt eine Änderung ihres Antrags Nummer 2 mündlich in die Diskussion.

Herr Baaske bewertet das vorgestellte Projekt positiv. Er vertritt die Einschätzung, dass das Projekt auch über ein Bebauungsplanverfahren umgesetzt werden könne.

Frau Seiler meldet sich zu Wort und teilt mit, dass sie Ihren Antrag Nummer 2 zurückziehe.

Der Vorsitzende stellt fest, dass nunmehr keine unerledigten Anträge mehr vorliegen würden und schließt den Tagesordnungspunkt.

4.2 Änderung des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0

Der Vorsitzende informiert, dass die Regionale Planungsstelle die Regionalversammlung in der Sitzung am 15. Juni 2023 über die Ergebnisse des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 in Bezug auf das Thema Vorranggebiete Landwirtschaft informiert und auf dieser Grundlage Empfehlungen zur Anpassung des Planungskonzepts vorgeschlagen habe. Aufgrund eines erfolgreichen Änderungsantrags wurde die Beschlussvorlage zurückgezogen. Eine Beschlussfassung über die Änderung des Planungskonzepts sei daher nicht zustande gekommen.

Um die notwendige Entscheidungsfindung über die Änderung des Planungskonzepts vorzubereiten, habe am 26. September 2023 ein Fachgespräch stattgefunden, zu dem neben den Mitgliedern der Regionalversammlung und den Hauptverwaltungsbeamten bzw. -beamtinnen der Städte, Gemeinden und Ämter auch Vertretungspersonen der betroffenen Fachbehörden (Landwirtschaft, Wasser, Forst) sowie der Kreisbauernverbände eingeladen waren.

Im Ergebnis dieser Veranstaltung beauftragte der Regionalvorstand mit Beschluss Nr. 09/03/01 vom 6. Oktober 2023 die Regionale Planungsstelle, ein geändertes Planungskonzept zu erarbeiten, dass auf einer

teilräumlichen Differenzierung der Anwendung einer für die Vorrangwürdigkeit maßgeblichen Ackerzahl beruht.

Grundzüge eines in dieser Weise geänderten Planungskonzepts wurden dem Ausschuss für Planungsarbeit und dem Regionalvorstand vorgestellt. Die Planungsstelle wurde beauftragt, die Ausarbeitung dieses Konzepts fortzusetzen.

Der Vorsitzende bittet um einen Sachstandsbericht und übergibt das Wort an Frau Prause.

Frau Prause beginnt ihren Vortrag, den sie mit einer visuellen Präsentation unterstützt. (siehe Anlage).

Frau Prause fasst zunächst den bisherigen Verlauf bis zum aktuellen Sachstand zusammen: Das bisherige Konzept habe bisher die Ackerzahl 24 als maßgeblichen Grenzwert für die Ertragsfähigkeit und damit als grundsätzlich vorrangwürdig geltende Ackerflächen für das gesamte Regionsgebiet vorgesehen. Auf Grundlage der eingegangenen Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren sei eine Erhöhung der maßgeblichen Ackerzahl auf 30 beabsichtigt gewesen. In der Sitzung der Regionalversammlung am 15. Juni 2023 sei der Beschluss für das geänderte Planungskonzept aufgrund eines erfolgreichen Änderungsantrags jedoch nicht zustande gekommen. Die Rückstellung des Beschlusses sei insbesondere damit begründet worden, dass eine pauschale Erhöhung der Ackerzahl die unterschiedlichen Bodenverhältnisse in der Region nicht ausreichend berücksichtigen würde. (Folie 3) Um eine sachgerechte Bewertung des Kriteriums Ertragsfähigkeit vorzunehmen, habe am 26. September 2023 ein Fachgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Regionalversammlung, der betroffenen Fachbehörden (Landwirtschaft, Wasser, Forst) und der Kreisbauernverbände stattgefunden. Ergebnisse dieses Fachgesprächs seien der Wunsch nach größeren kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere in Bezug auf bauleitplanerische Festlegungen für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FFPVA) sowie einer teilräumlichen Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahl gewesen. Damit solle sowohl in Gebieten mit überdurchschnittlichen Böden die kommunale Planungshoheit weniger stark begrenzt als auch in Gebieten mit unterdurchschnittlichen Böden der Bebauungsdruck, insbesondere durch FFPVA, gemindert werden. Der Regionalvorstand habe daraufhin mit Beschluss vom 6. Oktober 2023 die Regionale Planungsstelle beauftragt, eine teilräumliche Differenzierung der Anwendung einer für die Vorrangwürdigkeit maßgeblichen Ackerzahl zu prüfen. (Folie 4)

Als Grundlage für die neue Bewertung der Ertragsfähigkeit seien sogenannte Landbaugebiete herangezogen worden, welche die vorherrschenden Ackerzahlen in fünf Gruppen einteilen und Aufschluss darüber geben, welche Feldfrüchte in den jeweiligen Gruppen gute Erträge erzielen. (Folie 5) Um dieses Modell auf die Region zu übertragen, sei zunächst die mittlere Ackerzahl je Gemarkung in einem Geografischen Informationssystem (GIS) berechnet und die Gemarkung einem Landbaugebiet zugeordnet worden. Der Bezug zu Gemarkungen als kleinste Ebene diene dazu, dass kommunale Gebiete nicht willkürlich zerschnitten werden. Jedoch lägen aufgrund anderer Nutzungen wie Wald oder Grünland nicht allen Gemarkungen Ackerzahlen zugrunde. (Folie 6) Um größere Teilgebiete herzustellen, die der regionalen Maßstabebene gerecht werden, seien die fünf Landbaugebiete (LBG) zu drei Teilräumen aggregiert worden; LBG I und II werden Teilraum I, LBG III und IV werden Teilraum II und LBG V wird Teilraum III. (Folie 7) Anhand von einheitlich angewandten Regeln seien die Gemarkungen ohne Zuweisung zu einem LBG sowie Gemarkungen, die aufgrund ihrer Zuordnung zu einem LBG „isoliert“ zwischen anderen liegen, den angrenzenden bzw. umgebenden Gemarkungen angeglichen worden. Zudem sei als Mindestgröße für einen Teilraum die Fläche der beiden kleinsten Gemeinden der Region (1.256 ha) gewählt worden. (Folie 8) Zur Berechnung der maßgeblichen Ackerzahlen seien je Teilraum die durchschnittliche Ackerzahl der Gemarkungen gemittelt und anhand ihrer Flächenanteile gewichtet worden. Der daraus resultierende Mittelwert müsse überschritten werden, damit Ackerböden in dem jeweiligen Teilraum als vorrangwürdig klassifiziert werden. Für den Teilraum I sei die Ackerzahl 41, für Teilraum II Ackerzahl 30 und für Teilraum Ackerzahl 22 maßgeblich. (Folie 9)

Nach Feststellung der Teilräume und der maßgeblichen Ackerzahlen erläutert Frau Prause die Ermittlung der konkreten Potenzialflächen für die Vorranggebiete Landwirtschaft. Die ermittelten ertragreichen

Ackerflächen seien im GIS selektiert worden. Die feldblockgenaue Darstellung sei für die Regionalplanebene aber nicht sachgerecht. Darum sei ein Raster mit einer Zellgröße von fünf Hektar über die Regionsfläche gelegt worden. Für die in Frage kommende Potenzialfläche sei eine Mindestdeckung der ertragreichen Ackerflächen von 50 Prozent der Rasterzellen erforderlich. (Folie 10) Um die eckig erscheinenden Rasterflächen organischer darzustellen, sei eine Glättung der Ränder vorgenommen worden. Zudem sei zur Vermeidung größerer Löcher in den Flächen sowie kleiner Flächen eine Bereinigung vorgenommen worden. Die Mindestgröße betrage 10 Hektar (zwei Rasterzellen). (Folie 11) Frau Prause zeigt das vorläufige Ergebnis der potenziellen Vorranggebiete Landwirtschaft auf einer Karte, die auch den Mitgliedern der Regionalversammlung mit Einladung zur Sitzung zugegangen sei. Bei den dargestellten Potenzialflächen seien kommunale Planungen bzw. Planungsabsichten sowie Einzelfälle noch nicht berücksichtigt worden. Klimarobuste Flächen seien jedoch mit einer Größe von etwa sieben Prozent der potenziellen Vorranggebiete bereits enthalten. Diese würden sich größtenteils mit ertragreichen Ackerflächen überlagern. (Folie 12) Im Vergleich zum Entwurf vom 5. Oktober 2021 mit der einheitlichen maßgeblichen Ackerzahl 24 reduziere sich die vorrangwürdige Fläche nach der teilräumlichen Differenzierung der Ertragsfähigkeit deutlich (bisher: 54 Prozent des Ackerlands bzw. 29 Prozent der Regionsfläche; aktuell: 29 Prozent des Ackerlands bzw. neun Prozent der Regionsfläche). Zusätzlich werde sich die endgültige Vorrangfläche um die noch ausstehenden Abzugs- bzw. Abwägungsflächen verringern. (Folie 13)

Mit der teilräumlichen Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen werde unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bodenqualitäten in den Regionsgebieten eine gerechtere Verteilung der Vorranggebiete Landwirtschaft ermöglicht, indem einerseits in Gebieten mit besseren Bodenwerten Kommunen in der Bauleitplanung selbstbestimmter agieren könnten und andererseits Ackerflächen in ertragsschwächeren Teilräumen vor anderen Nutzungen geschützt würden. Teilweise würden damit auch sogenannte Grenzertragsstandorte (LBG V bzw. Teilraum III) in dem Konzept berücksichtigt. (Folie 14)

Der letztgenannte Umstand sei Hauptkritikpunkt eines von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (GL3) an die Planungsstelle gerichteten Schreibens vom 13. Mai 2024, welches mit Einladung den Mitgliedern der Regionalversammlung zur Kenntnis gegeben worden sei. Die Begründung für die teilräumliche Differenzierung sei danach, insbesondere bezogen auf den Teilraum III, nicht ausreichend. (Folie 15) Zur weiteren Erläuterung zeigt Frau Prause eine tabellarische Übersicht über die Teilräume mit Flächenanteilen und kommunalen Vorhaben zur Freiflächen-Photovoltaik (FFPV). Das Argument, dass vermehrt FFPV-Vorhaben auf ertragsschwächeren Standorten geplant seien, werde durch Daten des Planungsinformationssystems der Planungsstelle gestützt. Im Verhältnis zur Größe des Teilraums seien FFPV-Vorhaben im Teilraum III überrepräsentiert, von denen die meisten in den letzten drei bis vier Jahren auf den Weg gebracht worden seien. (Folie 16) Die Teilräume III und die der Planungsstelle derzeit bekannten FFPV-Vorhaben erläutert Frau Prause anhand von Kartenausschnitten. Die mit insgesamt lediglich 770 Hektar (ohne Abzug kommunaler Planungen und Einzelfälle) großen potenziellen Vorrangflächen in Teilraum III würden die verhältnismäßig besseren Ackerböden sichern und so den anhaltenden Konkurrenzdruck durch FFPV mindern. (Folien 17 bis 21) Die Kritik an der Einbeziehung von Grenzertragsstandorten in Vorranggebiete träfe zudem nur auf ca. 15 Prozent der Potenzialflächen in Teilraum III (118 Hektar) zu, da die meisten Ackerflächen Bodenpunkte von mehr als 22 aufweisen. Bei einer potenziellen Vorrangfläche von insgesamt über 60.000 Hektar seien Grenzertragsstandorte (hier ausschließlich Ackerzahl 22) nur marginal vorhanden. Es werde daher weiterhin die Auffassung vertreten, dass die im Fachgespräch vom September 2023 gestellte Anforderung, eine ausgewogene Verteilung von Vorranggebieten Landwirtschaft durch eine teilräumliche Differenzierung der maßgeblichen Ackerzahlen vorzunehmen, mit dem vorgestellten Planungskonzept erfüllt werde. (Folie 22)

[Anmerkung zur Präsentation: In der Tabelle auf Folie 16 wurden nachträglich die Werte in den Zeilen 4 (pot. VR* in ha) und 5 (Flächenanteil pot. VR* an TR in %) korrigiert. Die Grundaussagen hinsichtlich der ursprünglich in der Regionalversammlung gezeigten Präsentation ändern sich dadurch nicht.]

Der Vorsitzende dankt Frau Prause für Ihren Bericht und fragt, ob es Aussprachebedarf gebe.

Herr Edler teilt mit, er könne das vorgeschlagene Konzept nicht nachvollziehen. Er kritisiert zudem, dass mit der neuen Vorgehensweise weniger Vorrangfläche festgelegt werden solle als vorher.

Der Vorsitzende stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und ruft die Beschlussvorlage 11/04/02 zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1

Die Beschlussvorlage 11/04/02 ist mehrheitlich angenommen.

TOP 6 Regionales Energiemanagement

Der Vorsitzende informiert darüber, dass der aktuelle Durchführungszeitraum der geförderten Maßnahme „Umsetzung des Regionalen Energiekonzepts“ am 30. September 2024 enden werde. Der Regionale Energiemanager müsse seine Tätigkeit zu diesem Zeitpunkt einstellen. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg (MWAE) habe mit Schreiben vom 13. Februar 2024 das Interesse mitgeteilt, die Arbeit der Regionalen Energiemanager in den Regionalen Planungsgemeinschaften auch in Zukunft finanziell zu unterstützen. Nach dem Entwurf einer Förderrichtlinie stelle das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie im Zeitraum vom 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2027 jährlich insgesamt 65.000 Euro Fördermittel zur Verfügung, um die Tätigkeit des Regionalen Energiemanagers fortzusetzen.

Die Landkreise und kreisfreien Städte der Region hätten – mit Ausnahme der Landeshauptstadt Potsdam, ihr Interesse an der Fortsetzung der Tätigkeit des Regionalen Energiemanagers erklärt und seien bereit die erforderlichen Eigenmittel zur Verfügung zu stellen.

In der Begründung der Beschlussvorlage sei versehentlich die Stadt Brandenburg an der Havel nicht erwähnt, die jedoch mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 26.03.2024 gleichfalls das Interesse an der Fortsetzung des Regionalen Energiemanagements erklärt habe und ihren Anteil an den Eigenmitteln zur Verfügung stellen wolle.

Der Vorsitzende fragt, ob es Aussprachebedarf gebe. Es werden keine Wortmeldungen angezeigt. Er bittet um Abstimmung zur Beschlussvorlage 11/06/01.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	7

Die Beschlussvorlage 11/06/01 ist mehrheitlich angenommen.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende teilt mit, dass bei der Planungsstelle keine Anfragen eingegangen sind.

TOP 8 Verschiedenes

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Wahlperiode der Regionalversammlung mit dem Wahltag am 9. Juni 2024 ende. Alle Regionalrätinnen und Regionalräte behielten bis zur Wahl von ihnen im Amt nachfolgenden Personen ihren Sitz in der Regionalversammlung. Der Vorsitzende, seine Stellvertreter und die Mitglieder des

Vorstands blieben ebenfalls so lange im Amt, bis Neuwahlen auf der konstituierenden Sitzung am 14. November 2024 stattgefunden hätten. Regionalräte und Regionalrätinnen, die von den Kreistagen bzw. den Stadtverordnetenversammlungen bestimmt werden, seien innerhalb von 5 Monaten nach dem Tag der allgemeinen Kommunalwahl neu zu wählen.

Aufgrund des geänderten Gesetzes über die Regionalplanung würden nach dem Wahltag am 9. Juni 2024 alle Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten der amtsfreien Städte und Gemeinden sowie der Ämter der Region der Regionalversammlung angehören.

Der Vorsitzende teilt weiter mit, dass die Änderung der Hauptsatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft mit Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 17 vom 2. Mai 2024 in Kraft getreten sei.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt, nachdem kein weiterer Mitteilungsbedarf angezeigt wird. Er bedankt sich bei den anwesenden Gästen für ihr Interesse und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung der Regionalversammlung. Er bitte um das Herstellen der Nichtöffentlichkeit.

Mike Schubert
Stellvertretender Vorsitzender
der Regionalversammlung

Torsten Naubert
für das Protokoll

Anlagen:

1. Präsentation der Regionalen Planungsstelle zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung
2. Präsentation der Regionalen Planungsstelle zum Planungskonzept Vorranggebiete Landwirtschaft
3. Anträge der Regionalrätin Ines Seiler
4. Präsentationen „Energie für Baruth“